

Annonce
Annahme-Bureau
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestr. 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streissel,
in Breslau bei Emil Habath.

Poener Zeitung.

Nenn und siebzigerster Jahrgang.

Mr. 424.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt viertäglich für die Stadt Poen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Das Sprachengesetz im Herrenhause.

Das Herrenhaus hat in seiner gestrigen (18.) Sitzung den Gesetzesentwurf, betreffend die Geschäftssprache der Behörden, Beamten und politischen Körperschaften, unverändert angenommen, entsprechend der Empfehlung des Referenten der Kommission, des Grafen zur Lippe. Obwohl der uns zugegangene Parlamentsbericht ziemlich unvollständig zu sein scheint, ersehen wir doch so viel, daß die polnische Opposition, vertreten durch zwei Grafen aus unserer Provinz, Alles aufbot, um nicht hinter der Opposition im Abgeordnetenhaus zurückzustehen. Sowohl Graf Mielzyński wie Graf Kwielecki ergingen sich in maßlosen Übertreibungen und provozierten das Haus durch leidenschaftliche Ausfälle. Beiden gelang es auch, den lebhaftesten Unwillen des Hauses über eine an dieser Stätte ungewohnte Sprache zu erregen und den Vizepräsidenten v. Bernuth zu veranlassen, obwohl er der Opposition den größtmöglichen Spielraum gewähren wollte, die polnischen Redner an den parlamentarischen Anstand zu erinnern. Nach solchen Leistungen dürfen die beiden Magnaten, welche bis heut ziemlich unbekannte parlamentarische Größen waren, die Hoffnung hegen, in den nächsten Tagen von allen polnischen Blättern als politische Kämpfer gefeiert zu werden.

Wir können leider unseren Lesern über diese beiden Vertreter der polnischen Aristokratie wenig mittheilen, obwohl sie jedenfalls in ihren Kreisen einen hohen Rang einnehmen. Vom Grafen Mielzyński wissen wir nur, daß er von dem posener Provinzialverbande der mit Rittergütern angefessenen Grafen dem Könige präsentirt worden und auf Lebenszeit berufen ist. Unsere Quellen geben uns aber nicht einmal den Vornamen des Grafen an, so daß wir nicht wissen, welcher von den vier oder mehr Grafen Mielzyński sich am Montage oratorische Vorbeeren erworben hat.

Graf Mieczlaus Maria Napoleo Kwielecki ist in Folge Präsentation des alten und bestätigten Grundbestandes im Landschafts-Bezirk Poen durch Allerhöchsten Erlass vom 12. Dezember 1866 in das Herrenhaus berufen. Derselbe ist zu Ober-Zeditz (Kreis Fraustadt) im Jahre 1833 geboren, ist Besitzer der Rittergüter Oporowo und Kłaczewo im Kreise Samter, endlich auch Garde-Artillerie-Lieutenant a. D. Außerdem gehört Graf Kwielecki dem deutschen Reichstage an und vertreibt dort den Kreis Schrimm-Schroda.

Beide Redner haben sich als echte Repräsentanten jenes Volkblattes gezeigt, welcher schon in dem alten Polen seine Ansprüche über die Rechte des Staates setzte und durch sein Auftreten im Parlament den polnischen Reichstag sprichwörtlich machte. Keiner der polnischen Opponenten hat den Versuch gewagt, die Motive der Vorlage zu widerlegen oder zu beweisen, daß die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes nicht den wirklichen Bedürfnissen entsprechen. Sie erhoben nur leidenschaftliche Proteste gegen die Kompetenz der Regierung und gegen die Kompetenz des Landtages, ihre nationalen Privilegien abzuändern. Graf Mielzyński sprach von Gewaltmaßregeln, von „brutaler Verletzung“ der Verträge, auf die sich außer den Polen Niemand mehr beruft, und schent sich nicht, die preußischen Maßregeln mit den „grausamen Bedrückungen, denen die Christen im Orient“ unter muslimischer Herrschaft ausgesetzt sind, auf eine Stufe zu stellen. Den Hauptakzent aber legten beide Redner auf die königlichen Versicherungen der früheren preußischen Könige auf Versicherungen, welche unter ganz anderen Verhältnissen und unter der Voraussetzung gegeben wurden, daß die herrschenden Klassen der polnischen Bevölkerung dem Herrscherhause loyale Unterthanenpflicht bewahren würden. Wunderlich genug muß es gelungen haben, als die beiden frondirenden Magnaten sich als Wächter der königlichen Würde hinstellten, indem Graf Mielzyński von einer „Entwidrigung der Krone“ sprach und Graf Kwielecki die gesetzgebenden Faktoren einer größeren Majestätsbeleidigung beschuldigte, als diejenigen sind, deren er selbst angeklagt worden ist.

Mit Recht antwortete der Justizminister auf die Rede des Grafen Mielzyński, daß er sich nicht veranlaßt fühle, die Rechtfertigung des Gesetzes zu wiederholen, da der Redner nicht das geringste Sachliche vorgebracht habe und seine Worte sol „unerhört stark und ausdrückend“ waren, daß sie ihre Kritik in sich selber tragen. Auf die Rede des Grafen Kwielecki hätte Minister Leonhard dasselbe erwidern können, doch unternahm es Geheimrath Beseler, den Angriffen des zweiten polnischen Gegners entgegen zu treten.

Die Zweckmäßigkeit des Gesetzes für unsere Provinz zu bezeugen unternahm der Oberbürgermeister unserer Provinzhauptstadt, ein gewiß klassischer Zeuge. In einer, soweit wir aus dem vorliegenden Bericht ersehen können, durchaus sachlichen Rede, welche jede Polemik gegen den polnischen Vorredner vermied, suchte Herr Kohleis unter Aufführung von interessanten Daten den Nachweis zu liefern, daß die Vorlage nur das bestehende Gewohnheitsrecht in geschriebenen Paragraphen umwandle. Zu drei Viertel oder mehr trifft dies allerdings zu, besonders was den Gebrauch der polnischen Sprache im gerichtlichen Verkehr betrifft; dagegen nimmt die polnische Sprache in den Verhandlungen der politischen Körperschaften, in den Kreistagen und im Provinziallandtage, noch einen gleichberechtigten Raum neben der deutschen ein; überall aber, wo im öffentlichen Verkehr die polnische Sprache noch in einer solchen Ausdehnung angewandt wird, liegt die Ursache nicht zunächst in dem Bedürfniß, sondern zu neun Zehnteln in den polnischen Präventionen. Nachdem die Agitation gegen das Sprachengesetz hier zu Lande die Bevölkerung aufgeregt hat, werden diese Ansprüche auch auf den anderen Gebieten des amtlichen Verkehrs geltend gemacht, so daß heut mehr polnische Schriftstücke als früher bei den Behörden eingehen, — ein Grund mehr, die Vorlage zu einem sicheren Abschluß zu bringen.

und dem aufgewiegelten Volke durch die thathafte Anwendung des Gesetzes handgreiflich zu demonstrieren, daß die Opposition maßlose Übertreibungen belichtet hat — aus politischen Machtgelüsten.

Wie der „Dziennik“ mittheilt, waren während der Verhandlung des Amtspraechengesetzes im Herrenhause vier polnische Mitglieder anwesend, nämlich: Graf Kwielecki, Graf Mielzyński, Graf Potulicki und L. v. Glascki. Über die Verhandlungen äußert sich das Blatt folgendermaßen:

Von den polnischen Herrenhausmitgliedern ergriffen das Wort der Graf Joseph Mielzyński, sowie der Graf Mieczysław Kwielecki; beide sprachen glänzend und gaben der Entfernung Ausdruck vor der unsre ganz Gesellschaft Angesichts dieses Gesetzes erfüllt ist. Das Haus hörte diese edlen, mutigen und energischen Reden mit Unruhe an, indem es die Redner fortwährend unterbrach. Der Präsident unterbrach sie ebenfalls mehrere Male, indem er sie zu einer objektiven Sprechweise aufforderte, als ob man sich Angesichts des Unrechts, welches man uns anzutun gedenkt, enthalten könnte, das auszusprechen, was ein jeder von uns in der Tiefe seiner Seele fühlt, um diesen Gesetzentwurf so zu brandmarken, wie er es verdient. Diese Unterbrechung und Unruhe ist der beste Beweis dafür, daß unsere Redner auf der Höhe ihrer Aufgabe standen — Ehre sei ihnen dafür!

auch demgemäß und streicht zugleich die aus der Initiative des Abgeordnetenhauses hervorgegangene Bestimmung fort, wodurch die Beschränkung der Präsentation des Kreistages auf Angehörige des Kreises, welche entweder Grundbesitzer oder Amtsvorsteher sind, aufgehoben wurde. So macht Minister und Herrenhaus Gesetze für die Kreisverwaltung, während für die städtische Kommunalverwaltung eben jetzt die Vorschrift eingeführt werden soll, daß in dem dem Kreisausschuß vergleichbaren Stadtausschuß mindestens ein Mitglied mit der Befähigung zum höheren Staatsdienst sitzen muß; auch soll im Vorstand einer Stadt von mehr als 25,000 Einwohnern mindestens eine derart befähigte Person amtieren. — Präsident von Hofmann ist vom Reichskanzler sofort als sein Stellvertreter der Reichsbank gegenüber bestellt worden. Minister Delbrück hat diese Stelle nicht innegehabt. Der Reichskanzler hat den darauf gerichteten Antrag Delbrück's unbeantwortet gelassen und in der nothwendig werdenden Bankausschusssitzung selbst den Vorstand geführt. Dieses Verhalten trug wesentlich mit dazu bei, in Minister Delbrück den Entschluß, die Entlassung nachzusuchen, zur Reife gelangen zu lassen. — Die „Krone“ Preußen beansprucht vom preußischen Fiskus nach einem eben eingebrachten Gesetzentwurf 2,845,000 Mark in weiterer Folge eines Prozesses, wodurch der Krone die Domainen der Herrschaft Schwedt zugefroren sind. Der große Kurfürst hatte diese Domainen seiner zweiten Gemahlin geschenkt. Mit dem Aussterben von deren Nachkommen 1788 gelangte das Fideikommiss an die Nachkommen, „die Kurfürsten von Brandenburg“ zurück. Ein Jahrhundert hindurch sind dann die Güter als Domainen behandelt worden, bis ein vor dem Kammergericht angestrebter Prozeß die Güter jener Bezeichnung halber für Kronburg erklärte. Nun soll nach einem Gutachten der 12 Kronfideikommissare auch noch die in den letzten 30 Jahren bezogenen Ueberschüsse und Ablösungsgegeld — die obenbezeichnete Summe — herauszahlen. Die Herrschaft selbst ist etwa 1 Million Thaler werth. Der Minister des Königlichen Hauses hätte diese rechtshistorische Untersuchung um so eher unterlassen können, nachdem der Landtag die auf die Staatseinkünfte angewiesenen Kronfideikommissrente in den letzten 15 Jahren freiwillig von 7½ auf 12 Millionen Mt. jährlich erhöht hat. — Eben wird der Entwurf einer Städteordnung, oder wie man jetzt wohl zutreffender sagen muß, einer Bürgermeisterordnung in der zerzausten Gestalt, welche die Oberbürgermeister der Herrenhauskommission dem Entwurf des Abgeordnetenhauses gegeben haben, bekannt. Die Änderungen sind noch viel tiefgreifender auch in technischer Beziehung, als bisher bekannt geworden ist; nicht weniger als 55 von 154 §§ hat das Herrenhaus umgestaltet. An ein Zustandekommen der Städteordnung ist nun nicht mehr zu denken. — Das Budgetrecht der Stadtverordneten ist vollständig geknebelt; Gemeindebeschlüsse sollen ein für allemal die Grundsätze der Einnahmetatifikation feststellen, dergestalt daß die Mitwirkung der Stadtverordneten sich auf Kalkulaturarbeit beschränkt.

□ Berlin, 19. Juni. Beide Häuser des Landtages hielten heute Sitzungen. Das Herrenhaus beschäftigte sich zunächst mit dem Amtspraechengesetz. (Wir berichten darüber an anderer Stelle. Red. der Pos. Btg.) Dann veranlaßte das Geetz über den Austritt aus den Synagogengemeinden eine lange Geschäftsordnungssdebatte. Das Haus, das sich in dieser Angelegenheit fachkundig fühlte, war halb geneigt, den Entwurf in der Justizkommission vorberathen zu lassen. Da jedoch das Gesetz von den orthodoxen und den freisinnigen Juden gewünscht wird, und die Verweisung an eine Kommission einen Aufschub auf ein Jahr bedeuten würde, so entschloß man sich für Berathung im Plenum. Nachdem noch Baron von Senfft geäußert, daß er Material zu einer langen Rede mitgebracht, beelte sich das Haus einen Beratungsantrag zu genehmigen. —

Die Sitzung des Abgeordnetenhauses zeigte die gewöhnliche Physiognomie erster Sitzungen nach den Ferien: dünn besetzte Bänke und zahlreiche Gruppen in Privatunterhaltung. Das Alles beherrschende Thema war natürlich die Frage nach der Dauer und den voraussichtlichen Erfolge des nun begonnenen Nestes der Session. Was die Dauer anlangt, so ist man der Ansicht, daß die Schließung des Landtages Ende nächster Woche erfolgen werde. Hinsichtlich des Erfolges gab sich im Allgemeinen eine sehr pessimistische Auffassung zu erkennen, die soeben zur Vertheilung gekommene gedruckte Zusammensetzung der Beschlüsse der Städteordnungskommission des Herrenhauses hatte die Erwartungen sichtlich entmächtigt. — In der Berathung gelangte das Haus nicht über die erste Nummer der langen Tagesordnung hinaus. Es handelte sich um den im Herrenhause bereits durchberathenen und von der Agrarkommission des Abgeordnetenhauses mehrfach amendirten Gesetzentwurf, betreffend die Ablösung der Servituten, die Theilung der Gemeinschaften und die Zusammenlegung der Grundstücke in Schleswig-Holstein. Die Vorlage wurde den Kommissionsvorschlägen gemäß angenommen.

□ Berlin, 19. Jun. Der Neubewaffnung der Infanterie der deutschen Armee mit dem Mauser-Gewehr, welche ebenso wie die neue Geschützausrüstung der deutschen Feldartillerie mit Ende v. J. ihren Abschluß erzielt hat, ist die Einführung der neuen deutschen Einheitspatrone auf dem Fuße gefolgt. Der darüber erlassene Bestimmung gemäß würde dieselbe mit Ende v. M. als für die ganze Armee mit Einführung der bairischen beiden Armeecorps eingeführt erachtet werden können. Die Werdergewehr und Karabiner, wie die gegenwärtig noch von der deutschen Kavallerie geführten Chassepot-Karabiner, und ebenso auch die sächsischen Reiter-Karabiner sind für die Verwendung derselben optirt worden. Die von den Mauser-Gewehren in den Depots hinterlegten Reservebestände werden als so bedeutend bezeichnet, daß mit jedem gegebenen Moment auch die Ausrüstung der gesamten Landwehr, wie die der Erstgruppen, und überdies noch die der im Fall einer Mobilmachung etwa errichteten Reserve-Forma-

Mittwoch, 21. Juni
(Erscheint täglich drei Mal.)

Blatt-Nr. 20. v. 21. J. Preis 20 Pf. m. 10 Pf. extra
Raum, Reklame verhältnismäßig höher, finden die
Gesetze zu jenden und werden für die aus folgenden
Lage Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer bis 8 Uhr
nachmittags angenommen.

1876.

